

III. Staat und Verbände als Gestalter der Mittelstandspolitik

1. Die mittelstandspolitische Programmatik der Parteien in den ersten Nachkriegsjahren

Parteipolitik läßt sich – zumal auf der Ebene der Tagespolitik und der Gesetzgebung – nicht direkt aus Parteiprogrammen oder programmatischen Grundsatzdebatten ableiten. Diese lassen aber immerhin erkennen, welche wirtschafts- und gesellschaftspolitische Funktion dem alten Mittelstand grundsätzlich zugedacht war. Im Mittelpunkt des folgenden Untersuchungsteils steht die Frage, inwieweit die mittelständischen Berufsgruppen als erhaltenswert oder gar als schutzbedürftig angesehen wurden. Es geht mit hin um die Kontinuität bzw. um die Restauration mittelstandsprotektionistischer Leitbilder nach dem Zweiten Weltkrieg. Von besonderem Interesse sind die mittelstandspolitischen Konzeptionen von CDU und SPD. Dabei ist auch zu klären, ob die politischen Akteure in Legislative und Exekutive den Interessen des Handwerks und des Einzelhandels eine unterschiedliche politische Wertigkeit zumaßen.

SPD

Zu Beginn der Weimarer Republik wurde innerhalb der MSPD die traditionell abwehrende Haltung der SPD gegenüber dem selbständigen Mittelstand in zunehmendem Maße in Frage gestellt. Die marxistische Prophezeiung, der alte Mittelstand werde über kurz oder lang untergehen, hatte sich nicht bewahrheitet. Zudem offenbarten die ersten Nachkriegswahlen, daß die Stimmen der Arbeiter nicht ausreichten, um die politische Mehrheit zu erringen. Die Konsequenzen aus dieser Lage wurden auf dem im September 1921 stattfindenden Görlitzer Parteitag gezogen. Das dort verabschiedete Programm revidierte nicht nur die Niedergangstheorie, sondern sprach sich darüber hinaus für eine – wenn auch lose Koalition – zwischen Arbeiterschaft und selbständigen Mittelständlern aus. Dieser mittelstandsfreundlichen Grundhaltung entsprach es, daß man die Sozialisierungsforderungen auf Großbetriebe beschränkte. Damit endete allerdings auch das Entgegenkommen gegenüber dem alten Mittelstand. Den von den Einzelhandels- und Handwerksverbänden geforderten Mittelstandsschutz lehnte man ausdrücklich ab¹. Mit der Vereinigung von MSPD und USPD im Jahre 1922 wurde das Görlitzer Programm mitsamt seiner mittelstandspolitischen Konzeption faktisch außer Kraft gesetzt². Im Heidelberger Programm von 1925 kehrte die SPD wieder zur Auffassung zurück, daß die Zurückdrängung des Kleinbetriebes unausweichlich sei³.

¹ Winkler, Von der Revolution, S. 446-449.

² Ebenda, S. 492.

³ Winkler, Schein, S. 385.

Nach dem Zweiten Weltkrieg besann sich die SPD in der Mittelstandsfrage auf die programmatischen Ansätze des Görlitzer Programmes⁴. Die ökonomische Existenzberechtigung der mittelständischen Betriebe wurde nunmehr ausdrücklich anerkannt. Eine metaphorische Formulierung Schumachers aus dem Jahre 1945 verdeutlicht dies: „Ja, wie ein Hochwald Buschwerk und niederes Gehölz in einem bestimmten Umfang für die eigene Existenz voraussetzt, so bedarf auch die moderne Produktionswirtschaft in einem gewissen Ausmaß der Klein- und Mittelbetriebe.“⁵ Die Interessen der Mittelständler sollten ernst genommen werden anstatt sie von vornherein als anachronistisch zu verteufeln. Schumacher bekannte sich sogar zu Art. 164 der Weimarer Verfassung, demzufolge es Aufgabe der Staates war, den Mittelstand zu fördern und „vor Aufsaugung und Überlastung zu schützen“⁶. Er betonte indes, daß diese Politik nicht zu Lasten der Allgemeinheit gehen dürfe⁷. Es drängt sich die Frage auf, ob diese Einschränkung im Grunde nicht eine *contradictio in adiecto* war. Die in Schumachers Äußerungen anklingende These, der Mittelstandsschutz lasse sich mit der Gemeinwohlorientierung verknüpfen, gehörte zu den gängigen Topoi der Mittelstandsvertreter.

Die Berücksichtigung der Interessen von sozialen Gruppen, die nicht zur traditionellen Klientel der SPD gehörten, war nach Schumachers Auffassung schon deswegen unumgänglich, weil sich die sozialistische Bewegung auf breiter Front nur durchsetzen könne, wenn die SPD „ein Programm für Arbeiter, Bauern, Handwerker, Angestellte, Gewerbetreibende und geistige Berufe“ entwickle⁸. Es wäre zweifellos verfehlt, dieses Zitat dahingehend zu interpretieren, daß die beabsichtigte Öffnung der Partei gegenüber nichtproletarischen Schichten in erster Linie auf machtpolitischem bzw. wahltaktischem Kalkül beruhte. Eine wichtige Rolle bei der programmatischen Neuorientierung spielten nämlich auch die mittelstandspolitischen Erfahrungen der Zwischenkriegszeit. In den im August 1945 verfaßten „Politischen Richtlinien für die SPD“ bezeichnete Schumacher es als zentrale Aufgabe der Sozialdemokratie, „das politische Bewußtsein der kleinbürgerlichen Massen neu zu formen“⁹. Die Demokratisierung Deutschlands hänge entscheidend davon ab, ob es gelinge, den alten und neuen Mittelstand für die SPD zu gewinnen. Diese Überzeugung Schumachers fußte auf seiner Deutung des Zusammenhangs zwischen Nationalsozialismus und Mittelstand. Den rechtsgerichteten Kräften sei es damals gelungen, „die antikapitalistischen Kräfte des kleinen Mittelstandes in der antisozialdemokratischen Richtung abzureagieren“¹⁰. Schumacher hielt die Affinität des gewerblichen Mittelstandes zu „Nationalismus und Imperialismus“ für ein Werk des „Kapitals“¹¹. Er vermutete, daß die Überreste nationalsozialistischer Ge-

⁴ Zum Zusammenhang zwischen Görlitzer Programm und der SPD-Mittelstandspolitik nach 1945 vgl. auch Nöltling, S. 87.

⁵ Leitsätze zum Wirtschaftsprogramm-Entwurf Kurt Schumachers von 1945, in: Flechtheim, Dokumente, Bd. 3, Dok. 164, S. 12.

⁶ Zitiert nach: Winkler, Protest, S. 44.

⁷ Flechtheim, Dokumente, Bd. 3, Dok. 164, S. 12. Im Görlitzer Programm wurde der Mittelstandsartikel der Weimarer Verfassung noch strikt abgelehnt.

⁸ Ebenda, S. 9.

⁹ Kurt Schumacher, Politische Richtlinien für die SPD in ihrem Verhältnis zu den anderen politischen Faktoren, August 1945, in: Programmatische Dokumente, S. 245-280, hier 252.

¹⁰ Ebenda.

¹¹ Ebenda, S. 263.

sinnung auch nach 1945 vor allem „bei den mittleren und kleinen Handel- und Gewerbetreibenden“ zu finden seien¹².

Der SPD-Vorsitzende wußte also um die Widerstände, die seine Partei im mittelständischen Lager zu überwinden hatte. Er setzte aber, wie Klotzbach anmerkt, mit „eigentlich kaum begrifflicher Selbstverständlichkeit auf eine Mittelschichtendisposition, die zur Aufgabe der eigenen bisherigen Sichtweise und Wertmaßstäbe, zur mehr oder weniger umweglosen Übernahme sozialistischer Gesellschaftsdeutungen offen und bereit war“¹³. Dieser Optimismus beruhte auf der Annahme, daß insbesondere Handwerk und Bauerntum „eine Existenz jenseits der kapitalistischen Ausbeutungssphäre einnehmen“¹⁴. Es ging also Schumacher zufolge „lediglich“ darum, das durch Manipulation entstandene „falsche“ Bewußtsein dem ökonomischen, antikapitalistischen Sein des Handwerks anzupassen. Diese sehr simple, (vulgär-)marxistisch inspirierte Analyse unterschätzte die Verankerung von Konservatismus und Antikommunismus im Bewußtsein eines Großteils der Kleingewerbetreibenden. Sie verkannte zudem, daß die Unternehmerfunktion im gewerblichen Mittelstand langfristig an Bedeutung gewann.

Schumachers Auffassung in der Mittelstandsfrage wurde von den Wirtschaftsexperten der Partei grundsätzlich geteilt. Agartz, der Wortführer des marxistisch orientierten Parteiflügels¹⁵, war der Ansicht, daß der „mit einem bescheidenen Bestand an verhältnismäßig einfachen Produktionsmitteln ausgestattete Handwerker, der im Regelfall die eigene Arbeitskraft [...] mit einsetzt, [...] mit dem kapitalistischen Klassenmonopol nichts zu tun“ habe¹⁶. Um konkurrenzfähig zu bleiben, sei es indes notwendig, daß sich das Handwerk genossenschaftlich zusammenschließe¹⁷. Die Betonung des Genossenschaftsgedankens änderte nichts daran, daß Agartz die Existenzberechtigung des selbständigen Handwerks anerkannte. In bezug auf den Handel tat er dies nur bedingt. Agartz zufolge war zwar auch der Handel „an sich nicht kapitalistisch“, doch müsse „danach getrachtet werden, daß zukünftig der Weg vom Erzeuger zum Verbraucher möglichst kurz ist“¹⁸. Eine Verkürzung der Absatzwege sei vor allem durch den Ausbau der Konsumgenossenschaften zu erreichen¹⁹. Agartz befürwortete mithin eine Zurückdrängung des selbständigen Einzelhandels. Nöltling, Wirtschaftsexperte der SPD und Wirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen, stand dem Handel und Großhandel, die er „tendenziell als überflüssige Partizipanten an der schmalen volkswirtschaftlichen Substanz“ betrachtete²⁰, ebenfalls sehr reserviert gegenüber. Was das Verhältnis zwischen selbständigem Einzelhandel und Konsumgenossenschaften angeht, vertrat er

¹² Ebenda, S. 265.

¹³ Klotzbach, S. 59.

¹⁴ Leitsätze zum Wirtschaftsprogramm-Entwurf Dr. Kurt Schumachers von 1945, in: Flechthelm, Dokumente, Band 2 (1963), S. 9-13, hier 12.

¹⁵ Vgl. zu dieser Klassifizierung Ehni, S. 143.

¹⁶ Victor Agartz, in: Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei 1946 in Hannover, S. 57-86, hier 69.

¹⁷ Victor Agartz, Sozialistische Wirtschaftspolitik, o.O.o.J., S. 11. Vgl. auch Ott, S. 219 f.

¹⁸ Agartz, in: Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei 1946 in Hannover, S. 70.

¹⁹ Ebenda.

²⁰ Nöltling, S. 213. Nöltlings wirtschaftspolitisches Interesse galt vor allem den Basisindustrien und dem Energiebereich (ebenda, S. 214). Diese Konzentration auf das „Big Business“ ist typisch für die sozialdemokratische und gewerkschaftliche Politik dieser Zeit.

allerdings eine liberalere Position als Agartz. Der Handel, so Nölting, werde „im regen Wettbewerb mit anderen Verteilungsformen, namentlich genossenschaftlicher Art, auch weiterhin eine wichtige Rolle innerhalb der Volkswirtschaft zu spielen haben“²¹. Die Grenzen der Mittelstandsförderung sah Nölting dort, wo Verbraucherinteressen in Mitleidenschaft gezogen wurden²².

In den auf den SPD-Parteitag der Jahre 1946 bis 1948 ausgetragenen Sozialisierungsdebatten wurde den Kleinbetrieben eine Sonderstellung eingeräumt. Sie sollten weder verstaatlicht werden noch der paritätischen Mitbestimmung unterliegen. Dieses Zugeständnis an den selbständigen Mittelstand war zum Teil taktisch motiviert, wie aus einer im Jahre 1948 gehaltenen Rede Nöltings hervorgeht: „Damit keine Sozialisierungs-panik und keine Rebellion aufgeschreckter Eigentumsinstinkte entsteht, ist es nötig, daß wir auch von dieser Stelle mit aller Deutlichkeit sagen, was unter allen Umständen außerhalb der ‚Schußzone der Sozialisierung‘ bleibt.“²³ Auch Agartz sprach sich dafür aus, den Sozialisierungskatalog nicht auf Klein- und Mittelbetriebe auszudehnen²⁴. Die parteiinternen Kämpfe, die 1948 mit der Niederlage des linken Flügels endeten²⁵, hatten angesichts des breiten Konsenses in der Mittelstandsfrage keine nennenswerten Auswirkungen auf die mittelstandspolitische Linie der SPD.

CDU/CSU und FDP

Den industriellen Großbetrieben wurden in den ersten Nachkriegsprogrammen der CDU, deren Autoren eine „Synthese von Demokratie, Christentum und Sozialismus erstrebten“²⁶, große Skepsis entgegengebracht. Die frühen programmatischen Aussagen der CDU waren gekennzeichnet durch eine eigentümliche Mischung aus antikapitalistischen und konservativen Vorstellungen, die den selbständigen Mittelstand in einem besonders hellen Licht erscheinen ließen. In der ersten Fassung der Kölner Leitsätze vom Juni 1945 hieß es: „Das Handwerk ist ein selbständiger und gleichberechtigter Berufsstand neben Industrie, Landwirtschaft und Handel.“²⁷ Die in diesem Zitat anklingende berufsständische Rhetorik, die an die mittelständischen Parolen der Weimarer Zeit erinnerte, wurde sehr bald zugunsten einer neutraleren Sprachregelung aufgegeben²⁸. Die mittelstandsfreundliche Grundausrichtung der CDU-Programmatik wurde hierdurch jedoch nicht beeinträchtigt. In den Frankfurter Leitsätzen vom September 1945 vertrat die CDU die Auffassung, dem Handwerk müsse „weitgehender staatlicher Schutz und öffentliche Förderung zuteil werden“²⁹. Es fällt auf, daß dem Handel eine derartige Förderung nicht in Aussicht gestellt wurde. Die programmatische Privilegierung des Hand-

²¹ Erik Nölting, in: Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei 1947 in Nürnberg, S. 161.

²² Nölting, S. 87.

²³ Erik Nölting, in: Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei 1947 in Nürnberg, S. 160.

²⁴ Agartz, in: Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei 1946 in Hannover, S. 69.

²⁵ Ott, S. 219 f.

²⁶ Kukuck, S. 242.

²⁷ Flechtheim, Dokumente, Bd. 2, Dok. 95, S. 33.

²⁸ Ambrosius, S. 34 f.

²⁹ Flechtheim, Dokumente, Bd. 2, Dok. 96, S. 43.

werks schwächte sich in der Folgezeit etwas ab. Dies hing vor allem damit zusammen, daß Wilhelm Naegel, der Vorsitzende des Einzelhandelsverbandes Hannover, maßgeblichen Einfluß auf die programmatische Entwicklung gewann.

Bemerkenswert an den Frankfurter Leitsätzen ist überdies, daß dem Mittelstand die genossenschaftliche Selbsthilfe anempfohlen wurde. Dies würde, so hoffte man, die Eigenfinanzierung der Klein- und Mittelbetriebe erleichtern. Dieser Ansatz entsprach dem für die Union grundlegenden Subsidiaritätsgedanken, demzufolge das kleinere und untergeordnete Gemeinwesen die übergeordnete Gemeinschaft nur dann um Unterstützung ersuchen dürfe, wenn die eigenen Kräfte zur Lösung der anstehenden Probleme nicht ausreichen³⁰. Im Unterschied zur SPD war die CDU allerdings nicht an der Erweiterung des konsumgenossenschaftlichen Wirkungskreises interessiert.

Die Argumente, die Adenauer auf der im Dezember 1946 stattfindenden Ausschußtagung der britischen Zone für die Förderung der mittelständischen Wirtschaft vorbrachte, waren sowohl ökonomischer als auch gesellschaftspolitischer Natur. So unterstrich Adenauer z. B. die funktionale Notwendigkeit von Klein- und Mittelbetrieben, wobei er die Krisenfestigkeit der mittelständischen Betriebe als besonderen Vorteil pries. Politisch hielt der CDU-Vorsitzende der britischen Zone die Existenz einer breiten mittelständischen Selbständigenschicht deshalb für wünschenswert, weil er in ihr einen wichtigen Garanten der Demokratie sah³¹. Hieraus geht implizit hervor, daß Adenauer die von Schumacher vertretene These, der Mittelstand sei einer der Hauptpfeiler des Nationalsozialismus gewesen, nicht teilte. Beide Parteiführer kamen also trotz dieser diametral entgegengesetzten Standpunkte zu der Schlußfolgerung, daß die Förderung des Mittelstandes eine wesentlicher Beitrag zur Stärkung der Demokratie sei.

Auch aus sozialphilosophischer Perspektive erschien Adenauer eine Stärkung des selbständigen Mittelstandes erstrebenswert. Es entsprach durchaus der zeitüblichen Zivilisationskritik, wenn er forderte, man „müsse den Menschen wieder [...] entmassen, ihn aus der Masse herausbringen und ihn wieder zum Individuum machen“³². Für diese Aufgabe seien vor allem kleinere Unternehmen geeignet, da die in ihnen „tätigen Arbeitnehmer ein viel persönlicheres Verhältnis zum Betrieb als in den Mammutbetrieben“ hätten. Adenauers Ausführungen mündeten in den Appell: „Wir müssen dafür sorgen, daß möglichst viele mittlere und kleinere industrielle Unternehmungen entstehen.“³³ Diese Zielsetzung ließ sich jedoch nur schwer damit vereinbaren, daß die CDU gleichzeitig für die Beibehaltung des Großen Befähigungsnachweises eintrat, der aufgrund seines tendenziell marktschließenden Charakters dazu beitrug, die Selbständigenzahl zu begrenzen. Diese Inkonsistenz bestimmte bis weit in die 50er Jahre hinein die Mittelstandspolitik der Union.

Ähnlich wie in der SPD wurde die Mittelstandsprogrammatik innerhalb der CDU nicht kontrovers diskutiert. Selbst auf dem Höhepunkt der parteiinternen wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern der katholischen Soziallehre und den Neoliberalen in den Jahren 1947/1948 herrschte diesbezüglich ein breiter Konsens. Laut dem Ahlener Programm von 1947, das wie die Kölner Leitsätze von den

³⁰ Nell-Breuning, Subsidiaritätsprinzip, in: Staatslexikon (1962), Bd. 7, S. 826-833.

³¹ Protokoll über die Tagung des Zonenausschusses der CDU der britischen Zone am 17./18. 12. 1946 in Lippstadt, in: Pütz, S. 258.

³² Ebenda, S. 259.

³³ Ebenda, S. 258.

sozialen Ordnungsideen der in der dominikanischen Tradition stehenden Walberberger Schule geprägt war und somit den Mitbestimmungsforderungen der Gewerkschaften sehr weit entgegenkam³⁴, sollte die paritätische Mitbestimmung der Arbeitnehmer auf diejenigen Betriebe beschränkt werden, „in denen wegen ihrer Größe das Verhältnis zwischen Arbeitnehmer und Unternehmer nicht mehr auf einer persönlichen Grundlage beruht“³⁵. Der Kopf der dominikanischen Richtung in der Union, Eberhard Welty, vertrat zwar eine Planwirtschaftskonzeption³⁶, räumte aber gleichzeitig ein, in einer solchen Planwirtschaft brauche nicht jedem Handwerker bis aufs letzte Stück vorgerechnet zu werden, „wieviel Anzüge, Schuhe oder Schränke er anfertigen darf. Die Selbständigkeit des Unternehmers und Wirtschaftsleiters braucht sich nicht dadurch zu erschöpfen, was vorher in allen Einzelheiten festgelegt ist“³⁷. Die planwirtschaftlichen Vorstellungen der „Dominikaner“ zum gewerblichen Mittelstand unterschieden sich also kaum von denen der SPD. Die Begründung allerdings war eine andere. So betrachteten die Vertreter der katholischen Soziallehre den Mittelstand als Trägerschicht eines christlichen Sozialmodells, dessen zentrale Werte Ehe und Familie waren³⁸.

Die neoliberalen Wirtschaftswissenschaftler, deren Einfluß auf das CDU-Wirtschaftsprogramm sich in den Düsseldorfer Leitsätzen vom Sommer 1949 manifestierte, waren gegenüber dem alten Mittelstand ebenfalls wohlwollend eingestellt³⁹. Allerdings spielten hierbei Effizienzgesichtspunkte eine größere Rolle als bei ihren innerparteilichen Antipoden aus dem katholischen Lager. Das Düsseldorfer Programm bekannte sich zum Konzept der sozialen Marktwirtschaft und dem Prinzip der Wettbewerbsneutralität zwischen den Betrieben des gewerblichen Mittelstandes und den industriellen Großbetrieben⁴⁰. In Düsseldorf wurde darüber hinaus eine Art ökonomisches Subsidiaritätsprinzip beschlossen: „Konzerne und Großbetriebe finden nur da ihre ökonomische und sittliche Berechtigung, wo bessere Eignung und höhere Leistung sie rechtfertigen.“⁴¹ Insbesondere Röpke war gegenüber dem industriellen Großbetrieb äußerst mißtrauisch: Der Großbetrieb sei nicht nur krisenanfälliger und für die Befriedigung der sich individualisierenden Bedürfnisse der Nachfrageseite ungeeigneter als der Klein- und Mittelbetrieb, er sei darüber hinaus für die Kultur- und Gesellschaftskrise der Gegenwart verantwortlich. Die Großunternehmen könne man schon deshalb nicht als gesellschaftlichen Fortschritt ansehen, weil mit ihnen die soziale Degradierung der Arbeiter einhergehe⁴². Müller-Armack schloß sich dieser Kritik vorbehaltlos an: „In kollektiven Großbetrieben wird der als Nummer eingeteilte Mensch das Gefühl der Verloren-

³⁴ Uertz, S. 208.

³⁵ Flechtheim, Dokumente, Bd. 2, Dok. 100, S. 53-58, hier 56 f.

³⁶ Zur Problematik dieser Konzeption vgl. Uertz, S. 209.

³⁷ Welty, S. 325.

³⁸ Beyenburg-Weidenfeld, S. 111. Der in diesem Sinne gebrauchte Mittelstandsbegriff wurde zum Teil auch auf abhängige Berufsgruppen ausgedehnt (ebenda, S. 112).

³⁹ Ambrosius, S. 34 f.

⁴⁰ Flechtheim, Dokumente, Bd. 2, Dok. 101, S. 58-68, hier 65.

⁴¹ Ebenda, S. 65.

⁴² Röpke, Klein- und Mittelbetrieb, S. 168 f.; Röpke beendet seine zivilisationskritischen Ausführungen mit einem interessanten literarischen Verweis auf Huxley, Borsodi und Katz (ebenda); vgl. ferner Röpke, Gesellschaftskrisis; ders., Wirtschaftspolitik, S. 23.

heit seiner Existenz erst recht empfinden.“⁴³ Die Parallelen zu Adenauers Argumentation sind evident. Sie bewahren vor dem Fehlschluß, den CDU-Vorsitzenden als Sprachrohr der Mittelstandsverbände zu verstehen. Die positive Utopie einer dezentralisierten Wirtschaft war in den Nachkriegsjahren kein spezifisches Charakteristikum der Mittelstandsideologie, sondern Teil eines Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells, das auf den negativen Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise beruhte.

Fragt man nach den mittelstandsprogrammatischen Unterschieden zwischen den christdemokratischen Schwesterparteien, so ist zu betonen, daß die CSU „als Partei des alteingesessenen katholischen Besitzmittelstandes“ wesentlich stärker als die CDU auf berufsständische und tendenziell sogar ständestaatliche Vorstellungen eingeschworen war⁴⁴. So entzündete sich in der Anfangsphase der CSU ein Streit über die Frage, wie man den „ständischen Gedanken“ in der Parteiorganisation verankern könne. Es wurden schließlich „berufsständische Beiräte“ eingerichtet. Diese hatten allerdings nicht lange Bestand. Sie wurden durch Arbeitsgemeinschaften, in denen die Interessen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen kanalisiert werden konnten, ersetzt⁴⁵. Die organisatorische Entwicklung trug dazu bei, daß ständische Vorstellungen allmählich verblaßten. Für den Mittelstand war diese Tendenz mit einer programmatischen Abwertung verbunden.

In den ersten CSU-Programmen war hiervon allerdings noch wenig zu spüren. Im Grundsatzprogramm von 1946 hieß es: „Für Bayern ist der Mittelstandsbetrieb die Grundlage einer gesunden Wirtschaft: Wir verlangen eine besondere Förderung des Klein- und Mittelbetriebes in Landwirtschaft, Handwerk, Handel, Gewerbe und Industrie und dessen Schutz gegen Auflösung und Aufsaugung.“ Einige Zeilen weiter wurde die Auffassung vertreten, daß auch der wirtschaftliche Großbetrieb „unter keinen Umständen zu einem selbständigen und kapitalistischen Privatunternehmen ausarten“ dürfe⁴⁶. Diese Zitate deuten darauf hin, daß die antikapitalistischen Tendenzen in der frühen CSU noch stärker ausgeprägt waren als in der CDU. Dies dürfte nicht zuletzt auf die hohe Bedeutung der mittelständischen Wirtschaft in Bayern sowie der mittelständisch geprägten Mitgliederstruktur der CSU zurückzuführen sein⁴⁷.

Konkurrenz erwuchs der CSU in der Mittelstandspolitik durch die Bayernpartei, die „die Erhaltung und Förderung eines gesunden bayerischen Bauern- und Handwerkerstandes“ auf ihre Fahnen geschrieben hatte.⁴⁸ Die erst 1948 auf Landesebene zugelas-

⁴³ Müller-Armack, S. 148; vgl. auch Heinz Lampert, *Marktwirtschaft*, S. 4 f. Vgl. ferner Beyenburg-Weidenfeld, S. 72.

⁴⁴ Mintzel, CSU, S. 185; die Hauptvertreter eines konservativ-ständischen Konzeptes, das sich als Alternative zu Erhards neoliberalen Wirtschaftsvorstellungen verstand, waren innerhalb der CSU Hundhammer, Schlögl und Horlacher; vgl. Schreyer, S. 99. Diese Gruppe stand in Opposition zu Josef Müller, der ein liberaleres Wirtschaftskonzept vertrat; vgl. hierzu Hettler, S. 228-239.

⁴⁵ Gemeint sind z. B. die Gruppen „Jugend“, „Frauen“ und „Flüchtlinge“; vgl. Mintzel, *Geschichte*, S. 179-184.

⁴⁶ Grundsatzprogramm der CSU von 1946, in: Flechthelm, *Dokumente*, Bd. 2, S. 213-219, hier 216.

⁴⁷ Verlässliche Angaben zur Mitgliederstruktur liegen erst für den Zeitraum ab 1964 vor. Zu diesem Zeitpunkt betrug allein der Anteil der Handwerker an den CSU-Mitgliedern 13,1%. Das waren 6,5% mehr als der entsprechende Anteil an der Erwerbsbevölkerung; vgl. Mintzel, CSU, S. 431.

⁴⁸ Programm der Bayernpartei von 1948, in: Flechthelm, *Dokumente*, Bd. 2, Dok. 117, S. 238 f., hier 239.

sene Partei war von ihrer Mitgliederstruktur her allerdings eher eine Bauern- als eine Handwerkerpartei⁴⁹.

Die 1945 gegründete Niedersächsische Landespartei, die sich 1947 in Deutsche Partei umbenannte, läßt sich, was ihre mittelstandspolitische Programmatik betrifft, als nord-deutsches Gegenstück zur Bayernpartei charakterisieren. Auch sie verstand sich primär als Vertreterin bäuerlicher Interessen, machte sich aber auch für das Handwerk stark, wobei es ihr vor allem um „einen gerechten Interessenausgleich zwischen den einzelnen Berufsständen“ und auf die „Bekämpfung mittelstandsfeindlicher Bestrebungen jeder Art“ ging⁵⁰.

Wie Schröder am Beispiel der britischen Zone gezeigt hat, war der wirtschaftspolitische Kurs der FDP in den ersten Jahren ihres Bestehens Gegenstand heftiger innerparteilicher Kontroversen. Dabei stand die Frage im Mittelpunkt, inwieweit die zu schaffende Wirtschaftsordnung planwirtschaftliche Elemente enthalten sollte. Die Skepsis gegenüber dem „Kapital“ war auch in den liberalen Gründerkreisen weit verbreitet⁵¹. Die von Blücher im Frühjahr 1947 vorgelegten „Wirtschaftspolitischen Richtlinien“ stellten eine Synthese markt- und planwirtschaftlicher Vorstellungen dar. Kurz darauf vollzog die FDP einen programmatischen Kurswechsel von einem gemäßigten Linksliberalismus zu einer bürgerlichen Sammlungsbewegung mit dezidiert antisozialistischer und nationaler Ideologie. Diese parteiinternen Kräfteverschiebungen schlugen sich auch in der wirtschaftspolitischen Zielsetzung der FDP nieder. So setzte sich in der Wangeroooger Programmdebatte vom Januar 1948 das Bekenntnis zu einer konsequent marktwirtschaftlich organisierten Wirtschaftsordnung durch. Der leistungsfähige Betrieb mittlerer Größe stellte das Leitbild dieses pragmatisch neoliberalen Kurses dar⁵². Ineffiziente Kleinbetriebe, die nicht imstande waren, sich den wirtschaftlichen Gegebenheiten anzupassen, galten nicht als erhaltenswert. Die FDP machte – stärker als die übrigen Parteien – die Förderung des Mittelstandes von Leistungskriterien abhängig. Eine gewisse Rolle dürfte dabei auch gespielt haben, daß die in der FDP-Führung vertretenen Unternehmer häufig aus der Kleinindustrie stammten⁵³.

Betrachtet man die frühen programmatischen Stellungnahmen der Parteien zur Mittelstandspolitik im Überblick, so zeigen sich bemerkenswerte Parallelen. Die Bedeutung der mittelständischen Betriebe für die künftige Wirtschaftsordnung wurde – dies läßt sich retrospektiv feststellen – in der unmittelbaren Nachkriegszeit von sämtlichen Parteien überschätzt. Auch die antikapitalistische Grundstimmung, die die Wertschätzung der Klein- und Mittelbetriebe verstärkte, war in den ersten Nachkriegsjahren ein Charakteristikum fast aller Parteien. Die größten Divergenzen traten bei den wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Begründungen auf, die die Parteien für die Förderungswürdigkeit des selbständigen Mittelstandes ins Feld führten. Das ideengeschichtliche Spek-

⁴⁹ Unger, S. 82.

⁵⁰ Programmpunkte von 1949, in: Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung, Bd. 2, Dok. 139, S. 383-387, hier 384; vgl. ferner Schmollinger, S. 1043; Meyn, S. 117 f.

⁵¹ Für die britische Zone vgl. Schroeder, S. 164-171; zu den frühen Programmen der Liberalen in Baden und Württemberg vgl. Serfas, S. 153-156 und 193-197.

⁵² Schroeder, S. 183 f. Das Wangeroooger Programm ist abgedruckt in: Programmatische Entwicklung der FDP, S. 81-86. Zur programmatischen Entwicklung in Süd- und Mittelbaden vgl. Berger, S. 186. Vgl. auch Hein, S. 350-352.

⁵³ Schroeder, S. 175.

trum, auf das zurückgegriffen wurde, reichte von der katholischen Soziallehre über den Sozialismus revisionistischer und marxistischer Prägung bis hin zum Neoliberalismus. Das Bekenntnis zum Mittelstand bildete gewissermaßen den kleinsten gemeinsamen Nenner der verschiedenen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Konzeptionen. Im Falle der ideologisch gespaltenen Christdemokraten wirkte dieser Konsens zugleich als innerparteilicher „Integrationsfaktor“⁵⁴. Keine der großen Parteien war für einen bedingungslosen Schutz des alten Mittelstandes. Am ehesten entsprachen noch die frühen Programme der CSU dem, was man gemeinhin als Mittelstandsprotektionismus bezeichnet. Die FDP, die sich selbst als Partei des Mittelstandes verstand, war dagegen am wenigsten protektionistisch.

2. Organisatorisch-institutionelle Bedingungen der Handwerks- und Einzelhandelspolitik

Bei der Interessenvermittlung zwischen mittelständischer Basis und Staat kam den Handwerks- und Einzelhandelsverbänden eine Schlüsselfunktion zu. Sie bildeten gewissermaßen den Filter, durch den die Anliegen der selbständigen Mittelständler in den politischen Prozeß gelangten. Für das Verständnis der Mittelstandspolitik der 50er Jahre ist es daher unabdingbar, Aufbau und Struktur dieser intermediären Instanzen zu untersuchen. Die Reorganisation des mittelständischen Verbandswesens wird zunächst weitgehend unabhängig von den politischen und wirtschaftlichen Inhalten, mit denen sich die Verbände beschäftigten, analysiert. Der Schwerpunkt liegt hierbei auf den verbandsinternen Auseinandersetzungen um die „angemessene“ Organisationsform sowie um das politische Selbstverständnis und die Zielsetzung der Mittelstandsverbände. Sowohl im Handwerk als auch im Einzelhandel rangen verschiedene Interessengruppen um die innerverbandliche Vorherrschaft. Die hieraus resultierenden Spaltungstendenzen innerhalb der Handwerks- und Einzelhandelsorganisation erschwerten eine einheitliche Interessenvertretung nach außen. Es gilt zu klären, wie es zu diesen Krisenerscheinungen kam und wie diese im Verlauf der 50er Jahre überwunden werden konnten. Darüber hinaus ist zu untersuchen, inwieweit der Staat auf die organisatorische Entwicklung der Mittelstandsorganisationen Einfluß nahm.

Im Mittelpunkt des zweiten Untersuchungsabschnittes steht die Verbandsdurchlässigkeit des politischen Systems. Es wird zunächst danach gefragt, inwieweit es den Mittelstandsverbänden gelang, ihre Interessenvertreter im Bundestag zu platzieren. In einem weiteren Schritt soll die Institutionalisierung der mittelständischen Interessen in den Parteien (vor allem CDU/CSU und SPD), im Bundestag sowie in der Ministerialbürokratie nachgezeichnet werden. Die hierdurch bewirkten konkreten Beeinflussungserfolge bleiben in diesem Kapitel noch weitgehend außer Betracht. Es geht vielmehr darum, die strukturellen Bedingungen der verbandspolitischen Einflußchancen aufzuzeigen und festzustellen, inwieweit sich diese im Untersuchungszeitraum veränderten.

⁵⁴ Beyenburg-Weidenfeld, S. 112.